

## Presseschau Sozialmanagement

Woche 5 / 27. Januar - 2. Februar 2017

### **Die neue Vermittlerin**

«Unabhängigkeit, Vertraulichkeit und Fairness sind wichtig.» .....1

### **«Meine Kunden aus der Sozialhilfe leben bereits am Existenzminimum»**

Als Ombudsfrau muss sich Mirjam Graf gelegentlich warm anziehen .....3

### **Mit Augenmass auf Inspektion im Behindertenheim**

Heime und soziale Institutionen brauchen eine Betriebsbewilligung mit strengen Auflagen.

Aufsichtsbehörde ist der Bezirksrat. ....5

### **Zwangsmassnahmen gabs im Multipack**

Historiker und Juristen untersuchen fürsorgliche Zwangsmassnahmen im Kanton Zürich .....8

### **Soziale Ader bringt zwei Betrieben Lorbeeren ein**

Viele Firmen scheuen sich, handycapierte Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren .....10

### **Die Stadt rüstet sich für die Überalterung**

Die Bevölkerung wird immer älter. Wegen der anstehenden Herausforderungen hat der Illnau-

Effretiker SVP-Gemeinderat Paul Rohner eine Interpellation eingereicht. ....11

## **Die neue Vermittlerin**

«Unabhängigkeit, Vertraulichkeit und Fairness sind wichtig.»

Fragen der Gerechtigkeit haben Rechtsanwältin Daniela Ittensohn schon immer interessiert. Nun ist sie die frischgewählte Ombudsfrau der Stadt. Als solche liegt ihr Fairness besonders am Herzen.



Daniela Ittensohn, die neue Ombudsfrau der Stadt: Bild: Hanspeter Schiess

*Christina Weder.* Es wird nicht nur angenehm werden. Doch das gehört zu ihrem Job. Rechtsanwältin Daniela Ittensohn ist die neue Ombudsfrau der Stadt. Sie weiss: «Wer kein Problem hat, wird die Ombudsstelle auch nicht anrufen.» In ihrer neuen Funktion wird sie die Ansprechperson für jene sein, die Ärger mit der öffentlichen Verwaltung haben oder sich von den Behörden ungerecht behandelt fühlen.

### **Gewohnt, zu argumentieren**

Daniela Ittensohn ist vor zwei Wochen vom Stadtparlament gewählt worden. Ihr Amt tritt sie Anfang Februar an. Sie habe seit 15 Jahren mit Konfliktfällen zu tun, erzählt sie in einem Café in der Innenstadt. Sie trägt eine weisse Bluse und einen dunklen Anzug. Kurz und präzise sind ihre Handbewegungen, während sie erzählt. Die 45-Jährige ist es gewohnt, zu argumentieren und zu sprechen. Sie tut es mit Bedacht. Wenn es um Persönliches geht, ist sie zurückhaltend.

Konflikte seien immer belastend für die Beteiligten, sagt Daniela Ittensohn. Schön sei, dass sie als Ombudsfrau künftig an den Lösungen mitarbeiten könne. Ihr Pensum beträgt 30 Prozent. Daneben hat Daniela Ittensohn zwei weitere berufliche Standbeine. Sie leitet das Verwaltungsratssekretariat eines Spitalverbundes. Und sie ist als selbständige Rechtsberaterin von Institutionen im Gesundheitswesen tätig. Dabei geht es unter anderem um Datenschutz, Patientenrecht oder öffentliches Beschaffungswesen.

## **Unvoreingenommen und diskret**

Jeweils am Dienstag wird Daniela Ittensohn im Büro der Ombudsstelle anzutreffen sein. Als Ombudsfrau ist sie auf sich allein gestellt. «Das passt.» Sie sei schon immer eigenständig gewesen. Sie wolle den Leuten unvoreingenommen gegenüber treten und jeden Fall seriös prüfen. Die Ombudsfrau richtet nicht und urteilt nicht. Sie hört sich beide Seiten an und vermittelt. Wichtig seien dabei Unabhängigkeit und Vertrauenswürdigkeit. «Ich kann sehr gut mit Geheimnissen umgehen», sagt sie. Und es liege ihr am Herzen, fair zu sein. Daniela Ittensohn ist in Wittenbach aufgewachsen. Fragen der Gerechtigkeit haben sie schon während ihrer Zeit an der Kantonsschule beschäftigt. Damals war das Thema Apartheid in Südafrika aktuell. Es habe sie betroffen gemacht. «Ich wollte schon immer wissen: Was darf man? Wann hat man recht? Was muss man sich nicht bieten lassen?» Das Rechtsstudium an der HSG lag auf der Hand. Mit diversen Studentenjobs verdiente sie sich die Sporen ab, unter anderem arbeitete sie im Service und zapfte Bier in der OlmaHalle 7. Ihre erste unbefristete Stelle war die Leitung des Rechtsdienstes am Kantonsspital St.Gallen. Bis heute liegt ihr Schwerpunkt im Gesundheitsrecht. Daniela Ittensohn wohnt in der Nähe des Stadtzentrums. «Wenn ich zu Fuss zur Arbeit gehen kann, ist das für mich Lebensqualität.» In ihrer Freizeit reist sie gerne – egal wohin. Sie macht Wanderferien in Irland oder Tauchferien in Indonesien. In der Unterwasserwelt kann sie besonders gut abschalten. Während sie im Job viel und gerne redet, argumentiert und verhandelt, geniesst sie unter Wasser für einmal die Ruhe pur.

---

## **Anlaufstelle bei Ärger mit den Behörden**

Wer sich von der Stadtverwaltung ungerecht behandelt fühlt, kann sich an die Ombudsstelle wenden. Sie ist auch eine Anlaufstelle für städtische Angestellte, die Ärger im Team oder mit dem Vorgesetzten haben. Die unabhängige Instanz, die zu einer besseren Verständigung zwischen Bevölkerung und Stadtverwaltung beitragen soll, gibt es seit elf Jahren. Vor zwei Jahren wurde ihre Notwendigkeit in der Budgetdebatte des Stadtparlaments in Zweifel gezogen. Eine Mehrheit der Parlamentarier sprach sich dann für den Beibehalt aus. Die Ombudsstelle bearbeitet jährlich 40 bis 45 Fälle. Hinzu kommen rund 100 telefonische Beratungen. Im Büro an der Schmiedgasse 33 arbeiten die Ombudsfrau mit einem 30- und eine Sekretärin mit einem 20-Prozent-Pensum.

**«Meine Kunden aus der Sozialhilfe leben bereits am Existenzminimum»**

Als Ombudsfrau muss sich Mirjam Graf gelegentlich warm anziehen

Die geplante Kürzung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe sei des Kantons Bern unwürdig, sagt die neue Stadtberner Ombudsfrau Mirjam Graf.



Ombudsfrau muss sich Mirjam Graf . Foto: Franziska Rothenbühler

*Bernhard Ott.* Die Treppe im historischen Gebäude an der Junkerngasse ist eng, die Stufen sind hoch. Dabei ist der Zugang zu Mirjam Graf eigentlich «niederschwellig», wie es im Behördenjargon heisst. Zumindest «niederschwelliger» als der Rechtsweg, der für viele Ratsuchende zu kompliziert sei, sagt die Juristin. «Die Ombudsstelle fängt die Empörung der Bürger auf.» Dabei könne bereits das Zuhören und Klären einer Situation helfen, sagt Graf. Letzteres werde wichtiger, da die Wissenskluft und damit das Machtgefälle zwischen den Bürgern und der Verwaltung grösser werde. «Meine Aufgabe ist es, diese Kluft zu füllen.» Dabei nehme sie gelegentlich eine «Blitzableiterrolle» ein. Sie sehe sich aber nicht als Anwältin, sondern als Vermittlerin zwischen den Bürgern und der Verwaltung, betont Graf.

**Plädoyer für Polizei-Ombudsstelle**

Ihre Vermittlerrolle kann die städtische Ombudsstelle aber oft gar nicht wahrnehmen. So mussten im Jahr 2016 mehr als die Hälfte der Ratsuchenden weitergewiesen werden, weil die Ombudsstelle für ihr Anliegen nicht zuständig war. Dabei ging es meist um Fälle, welche die Kantonsverwaltung oder die Kantonspolizei betreffen, die nicht über Ombudsstellen verfügen. «Gerade in Polizeifragen täte eine Ombudsstelle not», findet Graf. Leider sehe die laufende Revision des kantonalen Polizeigesetzes die Schaffung einer solchen Stelle aber nicht vor. Im Jahr 2016 wurde die städtische Ombudsstelle in 324 Fällen konsultiert. In mehr als der Hälfte blieb es bei einer einmaligen Bera-

tung. Ein Dossier wurde in 151 Fällen eröffnet. «Ich gehe nur dann auf die Verwaltung zu, wenn der Ratsuchende das auch will», sagt Graf. Dabei geht es bei jedem dritten Klienten um Fragen der Sozialhilfe. Zur zehnpromzentigen Kürzung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe, die der Kanton anstrebt, hat die Ombudsrau darum eine dezidierte Meinung. «Die erneute Unterschreitung der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe Skos ist des Kantons Bern unwürdig», sagt Graf. Sie wünsche sich, dass die Verantwortlichen den Betroffenen bei der Umsetzung der Kürzung «ins Gesicht schauen müssen». Ihre Kunden aus der Sozialhilfe lebten bereits am Existenzminimum.

### **Der Preis eines Joghurts**

Weshalb in der Sozialhilfe die Bedürftigen aus dem Kanton Bern benachteiligt werden sollen, leuchte ihr nicht ein. Bei der AHV oder den Ergänzungsleistungen sei der Grundbedarf schweizweit ja derselbe. «Ein Joghurt kostet in Bern, Zürich oder Genf gleich viel.» Auch trage die Erhöhung der Integrationszulagen kaum dazu bei, dass Sozialhilfebezüger eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt finden. Denn erstens gebe es zu wenig Arbeitsstellen für schlecht qualifizierte Personen. Und zweitens handle es sich bei vielen der Betroffenen um Langzeitarbeitlose, die oft auch eine Krankheit haben. «Bedürftige Menschen werden nicht gesünder, wenn es ihnen schlechter geht», sagt Graf.

### **«Kein Garant für Zufriedenheit»**

Das Thema Sozialhilfekürzung lässt fast so etwas wie Empörung bei der Ombudsrau aufblitzen. Ansonsten ist die ausgebildete Mediatorin die Ruhe in Person. Und sie ist auch des Lobes voll: über die Arbeit ihres Vorgängers Mario Flückiger, der die Ombudsstelle bei der Bevölkerung und der Verwaltung gut etabliert habe. Und über die Stadtverwaltung selber, die «im Grossen und Ganzen» gut funktioniere. Ob die Ratsuchenden zufrieden sind, wenn sie die engen und hohen Stufen an der Junkerngasse wieder hinuntergehen, weiss Graf oft nicht. Zumindest deren Empörung dürfte sich aber etwas gelegt haben. «Ich bin aber kein Garant für Zufriedenheit », sagt die Ombudsrau.

---

### **Schutz für Whistleblower**

Bei der Ombudsstelle werden auch Missstände in der Stadtverwaltung gemeldet. Der Stadtrat hat letztes Jahr einen Vorstoss überwiesen, um Hinweisgeber beziehungsweise Whistleblower reglementarisch vor allfälligen Repressalien zu schützen (der «Bund» berichtete). Zurzeit werde die nötige Revision des Ombudsreglementes in der Aufsichtskommission vorbereitet, sagt Ombudsrau Mirjam Graf. Auch im Personalreglement seien Schutzbestimmungen aufgegleist. Der Stadtrat werde noch in diesem Jahr über die Vorlagen befinden. «Die Rechtsgrundlagen sind enorm wichtig, weil der Whistleblower sonst ein hohes Risiko eingeht», sagt Graf. Ob es eine Aufstockung oder Veränderung der Ombudsstelle brauche, werde sich zeigen.

## Mit Augenmass auf Inspektion im Behindertenheim

Heime und soziale Institutionen brauchen eine Betriebsbewilligung mit strengen Auflagen. Aufsichtsbehörde ist der Bezirksrat.

Die ZSZ hat das Ersatzmitglied Tumasch Mischol bei seiner Inspektion im Heim Brunegg in Hombrechtikon begleitet



Im Atelier des Heims Brunegg: Tumasch Mischol spricht mit einer Bewohnerin, rechts Betreuerin Rosmarie Trachsler, links Geschäftsführer Thomas Schmitz. Michael Trost

*Christian Dietz-Saluz.* Je schutzbedürftiger die Menschen, desto wichtiger ist die Aufsicht. Für Alters- und Pflegeheime, Spitex und soziale Einrichtungen liegt diese in den Händen des Bezirksrats. Sie sind sogenannte Heimreferenten im Auftrag des Kantons. Denn in diesem Gebiet geht es auch um die Verwendung öffentlicher Gelder. Tumasch Mischol hat sich gut vorbereitet. An diesem frostigen Morgen stattet das Ersatzmitglied des Bezirksrats der Stiftung Brunegg in Hombrechtikon, einem Wohnheim mit Gärtnerei, seinen jährlichen Prüfbesuch ab.

### Kein Papiertiger sein

Im Büro von Brunegg-Geschäftsführer Thomas Schmitz breitet der 41-jährige Hombrechtiker seine Unterlagen aus. Sie bestehen vor allem aus Formularen. Sie sind aber nur der rote Faden für das, worum es eigentlich geht. Mischol soll sich amtlich vergewissern, ob in dieser Institution für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen alles stimmt. Der diplomierte Gemeindeschreiber kennt sich mit Vorschriften logischerweise gut aus. Dazu geht er mit Schmitz Punkt für Punkt durch: Verpflegung, Ordnung, Hygiene, Sicherheit, Brandschutz, Qualitätsmanagement und Erwachsenenschutzrecht. Der Geschäftsführer erwähnt die abgehaltenen Übungen mit der Feuerwehr und die Löschtrainings für das Personal. Mischol kreuzt Kästchen mit «ja» oder «nein» an. Aber das ist nur die formelle Bestätigung, ob die Auflagen eingehalten werden. Wichtiger ist dem 41-jährigen Hom-

brechtiker, der seit 2011 Ersatzmitglied des Bezirksrats Meilen ist (siehe Kasten), die persönliche Wahrnehmung. «Ich bin kein Papiertiger», sagt er. «Ich will mir einen persönlichen Eindruck machen.»

### **Mehr als nur ankreuzen**

In der Stiftung Brunegg arbeiten und wohnen 38 jugendliche und erwachsene Menschen mit Behinderung. Dazu kommen noch rund 60 extern Arbeitende und Lernende, die hier im geschützten Rahmen beschäftigt werden. «Wir müssen schauen, dass diese Menschen ein gutes Zuhause haben», sagt Mischol. Auch Ausbildung und Privatsphäre sind Teil der Bewertung. Und er will «gründlich, aber mit Augenmass kontrollieren». Dabei betont er «Augen». Soll heissen: Er will es selber sehen. Das «Mass» lässt ihn akzeptieren, dass kein Heim wie das andere ist. Hier arbeiten auch 60 Betreuerinnen und Betreuer – alles Menschen, die ihren Auftrag mit individueller Hingabe erfüllen. Mischol fragt nach dem Bericht der Lebensmittelkontrolle. Schmitz reicht ihm das Papier. «Passt alles», sagt der Bezirksrat. Dennoch hakt er nach, stellt Fragen. Bei der letzten Kontrolle wurde ein kleiner Mangel festgestellt: Auf dem Spülmittelspender gab es Kalkablagerungen. «Wurde das behoben?», fragt Mischol. «Klar», antwortet Schmitz. Thema erledigt. Andere Prüfpunkte will der Bezirksrat lieber selber sehen. So etwa, ob bei der Medikamentenabgabe das Vier-Augen-Prinzip eingehalten wird.

### **Empathische Fähigkeiten**

Nach einer Dreiviertelstunde ist das Formular ausgefüllt. Der Besuch ist aber noch lange nicht beendet. Nun führt Thomas Schmitz den Bezirksrat durch die Anlage – und zwar nach dessen Wünschen. Mischol möchte die aus Spendengeldern finanzierte Küche in einer Wohngruppe besichtigen. Die anwesende Frau sitzt gerade am Frühstückstisch und wird von einer Pflegerin unterstützt. «Gefällt Ihnen die Küche?», beginnt der Heimreferent des Bezirksrats ein kurzes Gespräch, obwohl die Bewohnerin nur schwer verständlich sprechen kann. Die Spontaneität und das Lächeln im Gesicht sagen ihm mehr als Worte. Es ist alles in Ordnung. In der Wohnung zeigt der Geschäftsleiter gleich noch das modernisierte Badezimmer samt Wannenaufzug. Mischol ist beeindruckt. In Atelier und Werkstatt stellen Betreute Geburtstagskarten und Gutscheine für den heimeigenen Blumenladen her. Mischol schaut sich die Arbeiten an und beginnt mit zwei Frauen zu reden. Sie machen einen zufriedenen Eindruck und präsentieren ihre Arbeit stolz. Für den Bezirksrat ist das ein nächstes Puzzleteil im Gesamtbild, das er sich von der Brunegg machen will. «Mein persönlicher Eindruck», wie er es als übergeordnetes Ziel der Visitation erneut nennt. Dazu setzt er all seine empathischen Fähigkeiten ein. Geschäftsführer Schmitz nickt zustimmend: «Die braucht man für diese Aufgabe.»

### **Nicht alle gleich beurteilbar**

Der Blumenladen, in dem gerade frisch gelieferte Rosen zugeschnitten werden, bildet die letzte Station des Besuchs. Wieder spricht Mischol mit den Betreuerinnen und den Betreuten. Die Sozialkompetenz hält er für eine wesentliche Voraussetzung, die zu diesem Amt befähigt. «Und eine gewisse Hartnäckigkeit», fügt er hinzu. Immer wieder bringt er das «Augenmass» ins Spiel. «Man kann nicht alle Heime und Institutionen gleich sehen, sie haben verschiedene Aufgaben und Schwerpunkte, verschiedene Anforderungen an das Personal und die Bandbreite bei den betreuten Personen reicht von grosser Selbstständigkeit bis zu schwerer Pflegebedürftigkeit.» Nach ein- einhalb Stunden verabschiedet sich Mischol. Fünf bis sechs Alters- und Pflegeheime sowie bis zu zehn soziale Einrichtungen besucht er jedes Jahr. «Altersheime sind anspruchsvoller», sagt er. Zwei bis drei Stunden dauern diese Besuche wegen der höheren Anforderungen und vertieften Abklärungen in verschiedenen Bereichen der Pflege. Der Bericht geht nun an den Bezirksrat und

dann an die Oberaufsicht, das kantonale Sozialamt. Es ist eine seiner letzten Visitationen. Am 12. Februar wird Mischols Nachfolge gewählt. Seit 14 Monaten Mitglied des Zürcher Kantonsrats, zollt er der Doppelbelastung Tribut. Die Brunegg sieht er als Heimreferent nicht mehr.

---

## **DIE FUNKTION EINES ERSATZMITGLIEDS IM BEZIRKSRAT**

Mehr als nur Ersatz im Bezirksrat

**Der Bezirksrat besteht** aus einem Präsidenten, der im Bezirk Meilen zugleich Statthalter ist, zwei Bezirksräten und zwei Ersatzmitgliedern. Der Bezirksrat übt generell die Aufsicht über die Gemeinden und öffentlichrechtlichen Institutionen in den Gemeinden aus. Er ist die einzige Exekutivbehörde auf Bezirksebene und verlängerter Arm des Regierungsrats. Er ist erste kantonale Rechtsmittelinstanz bei Rekursen und Beschwerden gegen Beschlüsse der Gemeindebehörden, Schulpflegen sowie im Kinder- und Erwachsenenschutzrecht.

**Die beiden Ersatzmitglieder** werden ihrem Titel nur zum Teil gerecht. Zwar können sie tatsächlich bei längeren Abwesenheiten von Bezirksratsmitgliedern eingesetzt werden, sie haben aber auch eine ständige Funktion. Dazu gehört vor allem die Aufsichtsfunktion über Heime und Institutionen durch regelmässige Visitationen und Berichterstattungen:

- Für die kantonale Gesundheitsdirektion: Alters- und Pflegeheime und Spitex.
- Für die kantonale Sicherheitsdirektion und das kantonale Sozialamt: Invalideneinrichtungen und Sozialhilfeeinrichtungen. Im Bezirk Meilen warten für diese Aufsichtsaufgaben der Ersatzmitglieder des Bezirkrates:
- 18 Invalideneinrichtungen (Wohnheime, Werkstätten etc.) mit zahlreichen Wohngruppen.
- 30 Alters- und Gesundheitszentren, Pflegeheime etc.
- 12 Spitex-Organisationen. zsz



## Zwangsmassnahmen gabs im Multipack

Historiker und Juristen untersuchen fürsorgerische Zwangsmassnahmen im Kanton Zürich



Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, genannt Burghölzli: Hinter diesen Mauern fanden aus heutiger Sicht fragwürdige Medikamentenversuche statt. ROLF JENNI

*Matthias Scharrer.* Zürcher Forscher durchleuchten ein dunkles Kapitel der jüngeren Geschichte: Es geht um fürsorgerische Zwangsmassnahmen. Dazu zählen die administrativen Versorgungen respektive Heimplatzierungen, Verdingung, Zwangsadoptionen, -sterilisationen, -kastrationen und -medikationen. Seit 1. Januar können Opfer solcher Massnahmen, die vor 1981 vollzogen oder veranlasst wurden, einen Solidaritätsbeitrag von bis zu 25 000 Franken beantragen. So hat es der Bund letzten Herbst per Gesetz beschlossen. Im gleichen Gesetz steht, dass die Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen wissenschaftlich aufzuarbeiten ist. Ein entsprechendes Forschungsprojekt des Kantons Zürich hat jetzt begonnen: Am 30. Januar fand zum Auftakt ein Workshop der beteiligten Forschenden statt. Auch Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) besuchte ihn, wie die Direktion der Justiz und des Innern gestern mitteilte. Fehr habe damit die Bedeutung des Forschungsprojekts für den Regierungsrat unterstrichen. Die Zürcher Kantonsregierung hat für das Projekt 500 000 Franken aus dem Lotteriefonds bewilligt. «Wir wollen das ganze Spektrum der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen erforschen », sagt Beat Gnädinger, Projektleiter und Zürcher Staatsarchivar. «Gerade, weil Betroffene vielfach mehrere solcher Massnahmen erlebt haben.» Er nennt das Beispiel einer Frau, die unehelich schwanger war und bei der daraufhin die Kindswegnahme angeordnet wurde. Solchen Frauen habe man bisweilen auch gleich noch einen Zettel zum Unterschreiben vorgelegt, damit sie einwilligten, sich sterilisieren zu lassen.

### Vom 19. Jahrhundert bis heute

Die Forschenden untersuchen fürsorgerische Zwangsmassnahmen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. «In den 1830er-Jahren setzte die moderne Armengesetzgebung im Kanton Zürich

ein», erklärt Gnädinger. Im Lauf der Zeit wuchs die Zürcher Anstaltslandschaft auf rund 100 Institutionen. Viele Heime, die nun erforscht werden, existieren heute noch, weshalb das Projekt bis in die Gegenwart reicht. Wie viele Menschen im genannten Zeitraum von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen betroffen waren, lässt sich laut Gnädinger nicht genau sagen. Statistiken seien ganz unterschiedlich geführt worden oder noch zu wenig erforscht. «Abmachungen über Verdingkinder wurden vielfach per Handschlag zwischen dem Sozialvorsteher und einem Bauern getroffen», so Gnädinger. Auch in Kliniken und Heimen sei die Aktenlage zum Teil unübersichtlich. «Wir werden im nächsten halben Jahr klären, welche Institutionen wir genauer unter die Lupe nehmen», sagt der Projektleiter. Schon jetzt steht fest, dass auch die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), im Volksmund «Burghölzli», zum Forschungsgegenstand wird: Der Zürcher Medizingeschichts-Professor Flurin Condrau nimmt sich zusammen mit Urs Germann und Tanja Rietmann von der Uni Bern Aspekten der Medikamentenforschung in der Zürcher Psychiatrie von 1945 bis 1980 an. Hintergrund: Nach dem 2. Weltkrieg gewann in der Psychiatrie der Einsatz von Psychopharmaka an Bedeutung. Die Burghölzli-Klinik baute daher in den 1960er-Jahren eine eigene Forschungsabteilung auf, die erst Ende der 1970er-Jahre wieder aufgelöst wurde. In der Zwischenzeit fanden dort diverse Medikamenten-Versuche statt. «Man muss davon ausgehen, dass dabei zumindest teilweise auch ohne Einverständnis der Probanden geforscht wurde», so Gnädinger. Die heute geltenden diesbezüglichen Vorschriften habe es damals noch nicht gegeben. Das medizinhistorische Teilprojekt solle auch zur Beantwortung einer kantonsrätlichen Anfrage aus den Reihen der Alternativen Liste betreffend Pharmastudien an der PUK Burghölzli beitragen. Weitere Forschungsgegenstände im Rahmen des Zürcher Projekts sind:

- Die Entwicklung der Gesetzgebung zu den fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts: Dieses Forschungsfeld beackert Andrea Büchler, Rechtsprofessorin der Uni Zürich, zusammen mit Birgit Christensen.
- Die Zürcher Heim- und Anstaltslandschaft im Zeitraum 1830 bis 2016: Diese Studie führen die Historiker Thomas Meier und Sabine Jenzer durch.
- Die Ökonomie des Vollzugs: Dieses Aspekts nehmen sich die Zürcher Historiker Matthieu Leimgruber und Tobias Straumann zusammen mit der Genfer Historikerin Alix Heiniger an. Sie wollen klären, welche Kostenüberlegungen hinter der Versorgungspraxis im Kanton Zürich standen.

### Interviews mit Betroffenen

Nebst schriftlichen Quellen sollen auch Interviews mit Betroffenen und ehemaligen Verantwortlichen zur Aufklärung über die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen beitragen. Da trifft es sich gut, dass das Zürcher Staatsarchiv auch als Anlaufstelle für Personen dient, die den Solidaritätsbeitrag des Bundes beantragen wollen: «Sie können auf dem Gesuchsformular ankreuzen, ob sie bereit wären, sich für ein Gespräch zu Verfügung zu stellen», sagt Gnädinger. Die Forschungsergebnisse sollen Ende 2018 als Buch erscheinen.

## Soziale Ader bringt zwei Betrieben Lorbeeren ein

Viele Firmen scheuen sich, handicapierte Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren

Jene, die es tun, haben Chancen auf den IV-Award. Heute Abend wird er erstmals doppelt verliehen.

*Stephan Santschi.* Zum vierten Mal übergibt die IV Luzern heute Abend am Arbeitgeber- Apéro im Hotel Schweizerhof den kantonalen IV-Award. Damit würdigt die Eidgenössische Invalidenversicherung Unternehmen, die sich besonders erfolgreich für die berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderung einsetzen. Erstmals werden dabei zwei Auszeichnungen vergeben – die eine an einen Grossbetrieb, die andere an ein KMU. Damit soll aufgezeigt werden, dass jede Firma, unabhängig von ihrer Grösse, die 10 000 Franken Preisgeld gewinnen kann. Der «grosse» Sieger ist das Luzerner Kantonsspital (Luks). Von seinen 7000 Angestellten waren es bis vor kurzem fast 160, die im Schnitt pro Tag krankheitsbedingt zu Hause bleiben mussten. Im letzten Sommer hat man deshalb ein Absenzen- und Case- Management eingeführt. Wenn jemand in einem halben Jahr dreimal oder 21 Tage in Folge gefehlt hat, findet ein erstes Gespräch mit dem Vorgesetzten statt. «Nicht weil er ein säumiger Mitarbeiter ist, sondern weil wir uns um ihn kümmern und den Ursachen seiner Absenzen auf den Grund gehen wollen», erklärt Personalchefin Barbara Flubacher. Gemeinsam werde analysiert, wie man das Arbeitsumfeld anpassen könne, um die Gesundheit des Angestellten zu fördern. «Wenn jemand nach vielen Jahren in der Pflege über Rückenprobleme klagt, streben wir nach einer Reduktion der Belastung – beispielsweise mit einem Wechsel auf ein Arztsekretariat. Bei psychischen Problemen versuchen wir Stressfaktoren zu lokalisieren und wenn möglich zu mindern.»

### 44 Langzeitausfälle wieder eingegliedert

Ferner setzt das Luks auf Prävention. Der personalärztliche Dienst und die Ergonomieabteilung seien mit Beratungen dafür besorgt, dass Angestellte den Arbeitsplatz richtig einstellen oder dass sie körperliche Arbeit mit der korrekten Haltung ausführen. Massnahmen, die laut Flubacher Erfolg zeitigen: «44 Langzeitausfälle konnten reintegriert werden. Auch bei den Kurzabsenzen ist die Tendenz zu einer Reduktion ersichtlich.» Zudem haben fünf IV-Bezüger im Luks eine neue Beschäftigung gefunden. Der zweite «kleine» Award- Gewinner kommt aus Rothenburg und heisst mit vollem Namen Gravura Kunstpräge GmbH. 17 Mitarbeiter produzieren hier Artikel wie Münzen, Medaillen und Fasnachtsplaketten. Darunter auch zwei Personen, die von der Invalidenversicherung vermittelt worden sind. «Für uns und für die IV-Bezüger, die arbeiten wollen, ist das eine positive Sache », sagt Geschäftsleitungsmitglied Peter Krummenacher. Weshalb betreibt das KMU dieses soziale Engagement? «Weil wir der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft nachkommen wollen und weil wir gute Erfahrungen gemacht haben.» Die erste Person mit einer körperlichen Beeinträchtigung habe bis zu ihrer Pensionierung über 20 Jahre bei Gravura gearbeitet. Nun sind es sogar deren zwei, eine in einer 50-, die andere in einer 100-Prozent-Anstellung. Einfach jemanden holen, weil er blaue Augen habe, könne man freilich nicht: «Wir brauchten gerade jemanden, und Sie müssen arbeiten wollen. Das ist hier der Fall.» Handicapiert seien die beiden Neueintretenden nach Unfällen in körperlicher Hinsicht, «schwere Dinge dürfen sie nicht herumtragen, und sie können nicht die ganze Zeit stehen. Doch das ist bei uns kein Problem. » Die Einführung werde von der IV finanziert. «Das ist gut gelöst », findet Krummenacher, «so verlieren wir kein Geld.» Dass sie branchenfremd seien, tue nichts zur Sache. «Für unser Handwerk gibt es keine eigentliche Ausbildung. So gesehen sind alle bei uns branchenfremd. Voraussetzung sind eine handwerkliche Begabung und genaues Arbeiten.»

## Die Stadt rüstet sich für die Überalterung

Die Bevölkerung wird immer älter. Wegen der anstehenden Herausforderungen hat der Illnau- Effretiker SVP-Gemeinderat Paul Rohner eine Interpellation eingereicht.

Gesundheitsvorstand Mathias Ottiger (SVP) antwortet, die Stadt sei gut aufgestellt. Rohner will dennoch mit anderen Parlamentariern nach weiteren Lösungen suchen.



Soll Senioren künftig eine Unterkunft im höheren Preissegment bieten: das Seniorenzentrum Oase an der Bietenholzstrasse  
1. Visualisierung zvg

*Janko Skorup.* In gut 20 Jahren werden im Bezirk Pfäffikon rund 5550 über 80-Jährige wohnen, 155 Prozent mehr als 2013 (2176). Auch die gesamte Altersgruppe der über 65-Jährigen wird deutlich wachsen, wie eine Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums für den Kanton Zürich zeigt (siehe Grafik). «In Illnau- Effretikon erwarten wir etwa denselben prozentualen Anstieg», sagt Gesundheitsvorstand Mathias Ottiger (SVP). Die Stadt stehe deshalb vor einer grossen Herausforderung. «Das heutige Angebot an altersgerechten Wohnungen und stationären Zimmern wird in einigen Jahren nicht mehr ausreichen », sagt Ottiger als Antwort auf eine Interpellation von SVP-Gemeinderat Paul Rohner. Und die Gesundheitskosten werden weiter steigen. «Mit den geplanten Massnahmen können wir die Kostenentwicklung in der Pflegefinanzierung zwar dämpfen. Ein Kostenanstieg kann aber nicht verhindert werden. Das anzunehmen, wäre unrealistisch », sagt Ottiger.

### Keine «Exotin»

Rohner reichte seine Interpellation im Hinblick auf die demografische Entwicklung in der Stadt ein. Er sorgt sich vor allem um die Strategie des Stadtrats. Rohner befürchtet, sie könnte zu wenig weitsichtig und zu wenig konkret sein. Er wollte die Massnahmen des Stadtrats und nicht «nur» das Alterskonzept sehen (wir berichteten). «Die Antwort fällt nun sehr ausführlich aus, der Stadtrat präsentiert geradezu eine Studie. Das freut mich», sagt Rohner. Es beruhige ihn, dass Illnau- Effretikon offensichtlich nicht als «Exotin» in der Region stehe. «Fast allen Gemeinden im Kanton geht es so wie uns.»

## Ab nach Südostasien

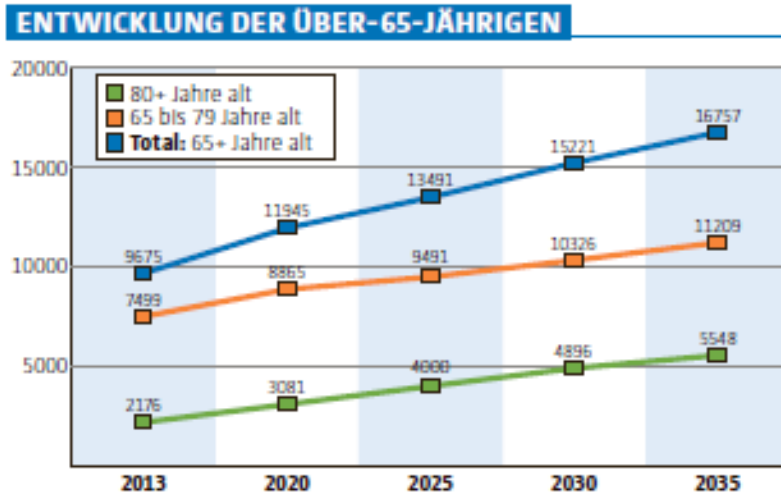
Rohner sieht die Überalterung als grosse Herausforderung. «Sehen Sie sich einmal die Prognosen bis ins Jahr 2035 an: Die Überalterung schwebt wie ein Damoklesschwert über uns.» Er glaubt, viele würden diese Entwicklung unterschätzen. «In 20 Jahren werden wir mehr als doppelt so viele über 80-Jährige beheimaten. Das belastet die Infrastruktur massiv und braucht viel mehr Personal.» Rohner findet, dass man jetzt nach Lösungen suchen müsse. «Parlamentarier auf allen Stufen müssen sich Gedanken machen, wie wir die demografische Entwicklung finanzieren können.» Ein Ansatz sei beispielsweise, dass Versicherungen Pflegeaufenthalte im Ausland bezahlen, etwa in Südostasien. «Das käme deutlich günstiger.» Auch Rohner könnte sich vorstellen, seinen Lebensabend in Südostasien zu verbringen. «Bis dahin dauert es aber noch etwas.» Die steigenden Kosten nur über die Steuern abzufangen, sei illusorisch. Daher sei die Einführung einer obligatorischen Pflegeversicherung zwingend in diese Überlegungen mit einzubeziehen. «Wir haben dahin gehend auf kommunaler Ebene wenige Einflussmöglichkeiten. Auf Politiker im Kantonsrat und im Nationalrat können wir aber auch als Kommunalpolitiker Einfluss nehmen», sagt Rohner.

## Koordination mit Vereinen

Gesundheitsvorstand Ottiger sieht die Zukunft nicht ganz so düster. «Ich setze mich für Massnahmen ein, die es den älter werdenden Menschen ermöglichen, in unserer Stadt und bei möglichst guter Lebensqualität durch die neue Lebensphase gehen zu können.» So beschäftige sich die Verwaltung mit der extra geschaffenen Koordinationsstelle Gesundheit und Alter schon seit Jahren mit der demografischen Entwicklung. «Und ich muss sagen: Wir sind hervorragend aufgestellt. Ich bin stolz auf unsere Altersarbeit.» Dazu gehörten auch das Seniorennetzwerk Lebensphase 3 und die Ortsvertretung der Pro Senectute. «Mit ihren Angeboten sind sie eine enorm grosse Stütze», sagt Ottiger. In den letzten Jahren habe man die Zusammenarbeit stetig ausgebaut. «Wir treffen uns regelmässig, damit wir die Angebote koordinieren können.» Das sei nötig, weil auch in Illnau-Effretikon die Freiwilligenarbeit in der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit mehr sei. «Sie muss gezielt gefördert und wertgeschätzt werden», sagt Ottiger. «Wir unterstützen zum Beispiel vonseiten der Stadt die Organisationen bei der Suche nach Nachfolgern.» So benötigte etwa der Rot-Kreuz-Fahrdienst, der etwa 30 Fahrer hat, zur Ermittlung der stetig wachsenden Anzahl Fahrten zusätzliche Personen für die Einsatzleitung. Mit einer neuen Plattform, dem Pilotprojekt «Dreh-scheibe», will die Stadt zusätzliche Abhilfe schaffen (siehe Box). Erstmals seien alle Organisationen, die sich für die ältere Bevölkerung einsetzten, in einem gemeinsamen Projekt vertreten.

## Sparen dank Investitionen

Die grösste Herausforderung sei aber, alternative Wohnformen zu finden, sagt Ottiger. «Wenn jede Person mit Unterstützungsbedarf gleich ins Alterszentrum Bruggwiesen muss, kommt uns das viel zu teuer.» Ottiger ist sich sicher: Die Nachfrage nach Alterswohnungen ist riesig. Private Projekte wie etwa das sich im Bau befindende Seniorenzentrum Oase in Effretikon seien willkommen. Die Stadt will ihrerseits auf dem Illnauer Gupfen-Areal von einer Genossenschaft Alterswohnungen erstellen lassen (wir berichteten). «Wenn diese beiden Projekte abgeschlossen sind, stehen wir gut da.» Denn im Vergleich zum Aufenthalt in einer stationären Einrichtung fielen die Kosten in einer ambulant betreuten Wohnung bis zu einer bestimmten Höhe des Pflegebedarfs deutlich tiefer aus. Zunächst müsse aber das Parlament dem Kauf und dem Verkauf des Grundstücks zustimmen. Sowie so zählt Ottiger im Hinblick auf die Herausforderungen auf die Unterstützung des Parlaments. Wenn man punktuell Investitionen tätige, könne man allenfalls verfrühte Alterszentrum-Eintritte verhindern. «Mir ist wichtig, dass unsere Gemeinderäte weitsichtig sind: Mit verhältnismässig kleinen Investitionen können längerfristig Beiträge an Unterstützungsleistungen eingespart werden.»



Der Bezirk Pfäffikon wird deutlich älter. Grafik Andreas Steiner/Quelle: Obsan-Studie

## NEUE PLATTFORM DREHSCHLEIBE

Pilotprojekt wird lanciert

Jsk. Im Frühjahr wird in Illnau- Effretikon ein Pilotprojekt lanciert: die «Drehscheibe», eine Plattform zur Vermittlung von Alltagshilfen. Bei der Drehscheibe können sich Personen melden, die Unterstützung suchen, aber auch Freiwillige, die ihre Hilfe anbieten wollen. Bei Anfragen oder Angeboten, die bereits durch bestehende Dienstleistungen in der Gemeinde abgedeckt seien, werde eine Vermittlung an die entsprechenden Stellen stattfinden, sagt Judith Hartmann von der Koordinationsstelle Gesundheit und Alter. Die Plattform, quasi eine organisierte Nachbarschaftshilfe, sei in dieser organisationsübergreifenden Form ein Novum in Illnau- Effretikon: Erstmals werden die Verwaltung, das Seniorennetzwerk Lebensphase 3, die Pro-Senectute-Ortsvertretung, die Reformierte Kirche und die Katholische Pfarrei St. Martin miteinander vernetzt.